

wirtschaftlichen Stärke erhalten können. Wir müssen uns hier also Gedanken darüber machen, hier ist der Unternehmer gefragt, wie wir in diesem recht kompliziert weiterhin sich darstellenden Umstrukturierungsprozeß nicht noch mehr Arbeitslose durch Produktivitätssteigerung in den Unternehmen, ich will nicht sagen produzieren, aber sich ergeben.

Mein Credo ist: Es muß uns gelingen, mehr für den Absatz zu tun, mehr auch den Schwerpunkt im Bereich der Industrie zu sehen, denn Dienstleistungen benötigen Industrie. Der Level der Industrie im Freistaat Sachsen, welches ein klassisches Industrieland war und wieder sein wird, zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber nicht ist, muß sich wieder erhöhen, und damit werden sich dann auch die Dienstleistungen und die anderen Bereiche entsprechend mitentwickeln können. Dann haben wir genau das, was ich eingangs erwähnte, dann läßt sich die Produktion, das BIP pro Einwohner verdoppeln, dann werden auch die entsprechenden Erträge fließen, dann werden die Unternehmen die Geschicke im wahrsten Sinne des Wortes selbst in der Hand haben, und dann floriert auch die Marktwirtschaft im Freistaat Sachsen, schönen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Dr. Hielscher, auch dafür, daß Sie die Zeit so schön gehalten haben. Herr Dr. Ludwig, Sie sind dem Thema sicher ganz nah und wir freuen uns, daß Sie zu uns sprechen werden. Bitte.

Dr. Udo Ludwig: Ich bin in der Tat nahe am Thema, meine Damen und Herren, Herr Vorsitzender, werde Abgeordnete, und ich werde mir gestatten, mich kürzer zu fassen, um nicht zu viel Wiederholungen aufkommen zu lassen.

Wir schreiben jetzt das Jahr 1997 und nicht mehr das Jahr 1994 oder 1995 und auch nicht das Jahr 1991, womit ich zum Ausdruck bringen möchte, daß, wenn man eine Zwischenbilanz zieht, man sie zeitpunktbezogen ziehen muß, und das heißt für mich heute, die neuen Länder befinden sich in einer Schwächephase. Durch die Meldung der amtlichen Statistik wissen wir, daß das Wachstum 1996 nur noch 2 % beträgt. Das ist, gelinde gesagt, eine ziemliche Enttäuschung. Nach meinen Prognosen wird das Wachstum im Jahr 1997 vielleicht ein kleines bißchen ansteigen, aber eben auch noch viel zu wenig, um weiter aufzuholen. Zwar setzt sich der Aufbauprozeß fort, aber der Aufholprozeß stockt nicht nur, sondern die Schere zwischen Ost- und Westdeutschland wird auseinandergehen, wenn es bei diesem Wachstumstempo bleibt. So ernst muß man diese Situation heutzutage ansprechen. Ich komme bei meinen Erklärungsmustern nicht an dem vorbei, was hier viele Kollegen schon versucht haben, und ich will diesen auch nicht unbedingt widersprechen, vielleicht in Details.

Da ist zunächst die Gruppe der Erblasten, wie ich sie bezeichnen möchte, da ist die zweite Gruppe, das sind die Schocks, von denen die DDR-Wirtschaft getroffen wurde, und die dritte Gruppe, die man vielleicht unter „Vereinigungssünden“ zusammenfassen könnte. Lassen Sie mich kurz auf diese Punkte eingehen.

Ich würde drei Erblasten zumindestens herausstellen wollen, die von der DDR gekommen sind. Das ist die industrie- und agrarlastige Produktionsstruktur, die hier schon mehrfach angesprochen wurde. Nur stichpunktartig sei noch einmal der hohe Anteil des warenproduzierenden Gewerbes, selbst der Industrie, die der Kernbereich war, von etwa drei Fünftel, also fast 60 % der gesamtwirtschaftlichen Produktion erwähnt. Der Agrarsektor war ebenfalls relativ groß. Es war eine Industriegesellschaft, die durch die Vereinigung dann in eine Übergangsgesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft hineingestoßen wurde.

Zur zweiten Erblast: Die DDR hatte ein rückständiges Spezialisierungsmuster im Außenhandel. Vorhin wurde ja schon viel über Außenbeiträge, Außenhandel gesagt. Ich meine, ein wesentlicher Punkt ist dabei, daß die DDR ein rückständiges Spezialisierungsmuster aufwies. Im Osthandel lief alles in etwa so ab, wie man sich das vorstellt: Die DDR als rohstoffarmes Land importierte Rohstoffe, veredelte sie und verkaufte Maschinen. Diese Tatsache kann man an den Exportstrukturen nachsehen, aber im Westhandel sah die Situation so aus, daß Rohstoffe importiert wurden und Rohstoffe bzw. wenig verarbeitete Produkte wieder verkauft wurden. Wertintensive Produkte konnten im Westen nicht abgesetzt werden bzw. nur zu sehr niedrigen Preisen.

Zur dritten Erblast: Die dritte Erblast wurde hier auch schon angesprochen, der hochgradig verschlissene und veraltete Sachkapitalstock. Die Zahlen sind so frappierend, ich nenne sie deshalb noch einmal. Nimmt man die Verschleißquote der Ausrüstungen, also der Maschinen und Anlagen im Jahr 1989, muß man feststellen, daß 55 % der Ausrüstungen abgeschrieben waren, d. h. nur 45 % der Ausrüstungen waren eigentlich aktionsfähig, wenn man das einmal rein finanztechnisch darstellt. Betrachtet man die Alterstruktur der Ausrüstungen in der Industrie, also im Kernbereich, erkennt man, daß den größten Anteil Altersjahrgänge von 10 bis 20 Jahren aufwiesen, die also vor 1980 investiert worden waren. Eine moderne Wirtschaft, wie es die westdeutsche zu diesem Zeitpunkt noch gewesen ist, zeichnete sich durch eine junge Altersstruktur (1-5 Jahre) an Ausrüstungen, also Maschinen und Anlagen, aus. Der Anteil an „jungen“ Ausrüstungen lag in Westdeutschland bei 40 % und somit waren sie dementsprechend auch viel produktiver.

Das scheinen mir drei wesentliche Erblasten zu sein, produktionstechnisch, wirtschaftstheoretisch betrachtet.

Es gab natürlich auch ein Erbguthaben, das wollen wir nicht vergessen. Es ist hier am Rande auch bereits erwähnt worden, das ist das Humankapital, d. h. der hohe Ausbildungsstand der erwerbstätigen Bevölkerung der DDR, der in den Einigungsprozeß hineingegangen ist. Von diesem ist ein Teil nach dem Westen auf die produktiveren Arbeitsplätze abgeflossen, aber das ist sozusagen das Gutachten, mit dem wir hineingegangen sind.

Der Wegfall der Abschottung gegenüber dem Westen legte die Schwächen der DDR-Wirtschaft schlagartig offen. Die Wirtschaft geriet in einen Schockzu-

stand, der sich in mehrerer Hinsicht äußerte. Ich unterscheide die folgenden fünf Schocks:

Die Liberalisierung des Handels führte zu einem Angebotsschock. Augenblicklich verschwand ein ständiger Begleiter der zentralen Planwirtschaft, die Güterknappheit. Durch die Liberalisierung des Handels waren die Geschäfte voll mit importierten Produkten. Die Verkäufermärkte für die DDR-Unternehmen verwandelten sich in Käufermärkte. Es mußte ja nicht das gekauft werden, was produziert worden ist, sondern alle hatten die Wahl unter vielen Produkten. Das Ergebnis zeigte sich in einer kräftigen Verdrängung der Ostprodukte, also der ehemaligen DDR-Produkte, von den Binnenmärkten in der DDR, da sie den Güterangeboten aus Westdeutschland und dem westlichen Ausland in Qualität und Ausstattung unterlagen. Ich höre immer die Klagen vom Verlust der Außenmärkte, was richtig ist, aber wir sollten doch die Binnenmärkte dabei nicht vergessen.

Ich komme zum zweiten Schock: Im Konsumgüterbereich wurde der Schockzustand um einen Werteschock verstärkt. Angesichts der reichlich vorhandenen westlichen Angebote stellten die privaten Haushalte ihr Kaufverhalten um. Die Verbraucherpräferenzen verlagerten sich entsprechend. Die privaten Haushalte haben auch keine DDR-Produkte mehr gekauft, sondern Westprodukte und dürfen sich natürlich dann auch nicht wundern, wenn die DDR-Produkte nicht mehr produziert werden können, weil sie nicht verkaufbar sind, und sie damit dann auch ihre Arbeitsplätze verlieren.

Die Währungsumstellung zog einen Kostenschock für die Güterproduzenten im Inland nach sich. Der Kostenschock hatte ohne Zweifel sehr viel mit dem damals ausgehandelten Umtauschkurs zu tun, und war aus der Sicht der Verbraucher natürlich hervorragend, aber für die Produzenten, für die Unternehmen wurde er zum Problem. Schaut man sich heute einmal die Preisstatistiken an, also die Änderung der Preise von 1989 zu 1990, als in DM bezahlt werden mußte, stellt man fest, für gewerbliche Produkte sanken die Preise im Durchschnitt um ein Drittel. Jetzt wird jeder sagen Durchschnittszahl, was erzählt der da für einen Quatsch.

Bei Brot verhielt es sich genau umgekehrt, das ist richtig, aber im Durchschnitt ist es so gewesen. Die Preise, die realisiert werden konnten, waren im Durchschnitt um ein Drittel geringer, aber die Kosten blieben durch die Umstellung der Löhne von 1:1 natürlich auf dem gleichen Niveau im Lohnkostenbereich und belasteten dann den Output, das Produktionsergebnis, die Erlöse. Das ist sozusagen die erste Phase des Kostenschocks.

Die Währungsumstellung zog einen Währungsschock bei den traditionellen Handelspartnern in den ehemaligen RGW-Ländern nach sich. Die Einführung der Hartwährung D-Mark im Osthandel zog aufgrund der Devisenknappheit der Handelspartner Außenmarktverluste nach sich. Außerdem führte der inzwischen auch in diesen Ländern in Gang gekommene Reformprozeß – vor allem in den kleineren Staaten – zu Neuorientierungen im Außenhandel. Die

Zahl haben wir vorhin gehört, daß die gesamtdeutschen Exporte in der Zwischenzeit nach Osteuropa ein Niveau erreicht haben wie die in die Vereinigten Staaten, aber zum großen Teil von Unternehmen getätigt werden, die ihren Sitz im Westen haben.

Die Ablösung des am zentralen Plan ausgerichteten Regelwerks der Wirtschaft durch eine marktwirtschaftliche Ordnung führte zu einem institutionellen Schock. Dieser kann so auf den Punkt gebracht werden: Staatsunternehmen sind keine Marktproduzenten, die müssen erst umgewandelt werden und das geht nicht von heute auf morgen, das dauert Zeit. Die völlig anders geartete Organisation des Zusammenspiels zwischen den Unternehmen in der Plan- gegenüber der Marktwirtschaft trat in der äußerst begrenzten Handlungsfähigkeit der Staatsunternehmen unmittelbar nach der Verordnung marktwirtschaftlicher Verhältnisse per Gesetz zu Tage. Es fehlte ihnen nicht allein an Erfahrung und Know-how des Marktverhaltens, sondern zumeist auch die materielle Basis dazu. Der Typus des marktwirtschaftlichen Unternehmens muß erst geschaffen werden.

Die Schockwirkung wurde verstärkt durch die Politik der schnellen, von der Produktivitätsentwicklung losgelösten Lohnangleichung in Ostdeutschland. Die Kostenbelastung verschärfte sich. Die Unternehmen reagierten mit Produktionskürzungen und Arbeitsplatzabbau. Stellen Sie sich das vor – ich habe das nachgerechnet – im Jahre 1992, verglichen mit 1991, kam es zu einer Erhöhung der Löhne pro Beschäftigten um über ein Drittel, um 37 %. Welches Unternehmen kann das aushalten? Das kann auch kein Westunternehmen aushalten und schon gar nicht die angeschlagenen Unternehmen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Das ist für mich die „Vereinigungssünde“ oder eine der Vereinigungssünden, über andere will ich heute nicht reden, aber das ist eine Sünde gewesen, und man lastet diese Verfehlung in der Regel ja nur den Tarifpartnern an, also den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern.

Ich meine, hier haben auch andere Schuld abzutragen, die das geduldet haben. Schließlich kommt es dann, wie es in der Ökonomie nicht anders sein kann, dazu, daß die Produktion einbricht. Die Zahlen haben wir gehört: um 34 % ging die gesamtwirtschaftliche Leistung zurück. Ich würde sagen, in der Industrie ging sie um 75 % zurück.

Die unvermeidliche Schrumpfung der Alt-Industrien ging in eine De-Industrialisierung großen Ausmaßes über. Und wenn man es sich ganz deutlich, in bezug auf die Industrie, vor Augen führen will: Die DDR war, ich sagte das, industriellastig, und wenn man das einmal in Erwerbstätigenzahlen zum Ausdruck bringt, es gab ungefähr 220 Industriearbeiter auf 1.000 Einwohner und in den alten Ländern waren es etwa 115 Industriearbeiter auf 1.000 Einwohner. Nach diesen Schocks und nach diesen Sünden blieben in den neuen Ländern 1992 nur noch etwa 60 bis 65 Industriearbeiter auf 1.000 Einwohner. Der Industriebesatz lag unter dem Niveau von Schleswig-Holstein, und Schleswig-Holstein (1990: 68 Personen) ist das, unter den alten Bundesländern, am geringsten industrialisierte Bundesland. Auch in Sachsen, einer der

Geburtsstätten der deutschen Industrie und eines der industriellen Kernländer auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, gab es 1992 nur noch 65 Industriebeschäftigte je 1.000 Einwohner. Diese Situation ist im Jahre 1991/92 radikal eingetreten und hat sich dann marginal gebessert. Aber die Grundtendenz, die Grundaussage bleibt erhalten.

Mit der Deindustrialisierung erodierte die Basis für hohe Wertschöpfungsbeiträge in den neuen Bundesländern. Deshalb brauchen wir uns heute gar nicht zu wundern, wenn wir die Schwächephase der Wirtschaft einschätzen und uns anschauen, wie die Auftriebskräfte wechseln, und fragen was klappt da nicht, oder warum war das Wachstum überhaupt so hoch?

Es war hoch, weil es vom Baugewerbe und vom Dienstleistungssektor getragen wurde, und das hat gleichzeitig zu strukturellen Verwerfungen geführt, zumindest was das Baugewerbe anbetrifft. Die Bauunternehmen haben zwar für den Markt produziert, da war Nachfrage vorhanden, und dort ist auch etwas geschaffen worden, aber es hat strukturell gesehen eine Verzerrung gegeben, eine Einseitigkeit. Die Verzerrung fällt jetzt, wo die Nachfrage nicht mehr da ist, bzw. wo die Förderung bestimmter Baumaßnahmen zurückgeschraubt wird, weg.

Die Einschränkung dieser Förderung geschieht, meines Erachtens, nicht zu Unrecht. Wenn man Leerstände im Mietwohnungsneubau zu verzeichnen hat, und erkennt, daß nicht nur etwa gebaut wurde, weil der Bedarf an Mietwohnungen vorhanden war, sondern da wurde gebaut, um steuerliche Erleichterungen, steuerliche Vergünstigungen wahrnehmen zu können, muß man diese Förderung zurücknehmen. Völlig klar für meine Begriffe, aber wir haben diese strukturellen Verwerfungen und sollen uns auch nichts vormachen, was die Industrie anbetrifft. Die Industrie ist noch nicht diese hochleistungsfähige Industrie, die wir brauchen, um auf den überregionalen Märkten bestehen zu können. Diese Industrie ist baulastig durch die Vorleistungsbereiche aus der Industrie, die für das Baugewerbe produzieren. Dazu zählen die Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden, der Stahl-, Leicht- und Metallbau, die Eisen-, Blech- und Metallwaren, das sind alles Bereiche, die sehr hohe Anteile in der Industrieproduktion haben. Wenn die Bauproduktion zurückgeht, versetzt dies der Industrie einen Schlag. Die industrielle Basis erweist sich gerade jetzt als zu schmal und zu wenig auf überregionale Märkte ausgerichtet, um die Produktionslücke auszufüllen, die dem Wegfall des Baugewerbes als Konjunkturlokomotive geschuldet ist.

Das betrifft auch die Nahrungsgüterproduktion. Die Industrie, die hier wettbewerbsfähig neu entstanden ist, setzt sich zu einem Viertel aus der Produktion von Lebensmitteln zusammen. Das ist eine Produktion, die vorrangig auf den regionalen Markt ausgerichtet ist und es sehr schwer hat, überregional etwas absetzen zu können. Das sieht man auch an den Exportquoten, nicht nur in den neuen Ländern, sondern auch anderswo, daß die Exportquoten in diesem Bereich der Verbrauchsgüterproduzenten sehr niedrig sind. Insgesamt wundert mich dann natürlich nicht, daß die Exportbasis der Industrie, die hier entstan-

den ist, klein ist. Die Industrie ist nicht nur kleindimensioniert, was die Betriebe anbetrifft und was den Anteil von 15 % an der gesamtwirtschaftlichen Produktion angeht, sondern sie ist auch klein in ihrer Bedeutung für das Ausland, für den Export, und da kommt man nach meinen Rechnungen auf eine 14 % Exportquote. Allerdings käme das hinzu, was hier in bezug auf die innerdeutschen Beziehungen erwähnt wurde.

Ich höre an dieser Stelle auf. Ich will zum Schluß nochmals sagen, es gibt Erblasten, Schocks und Vereinigungssünden. Es gibt aber auch Fortschritte und Vereinigungsguthaben, die habe ich hier nicht angesprochen, die hat die Regierung bereits alle genannt, aber wir sind bei weitem nicht durch. Ich bin mir nicht sicher, ob wir die halbe Strecke des Weges schon getan haben, das Ganze kann trotzdem auch noch einmal abkippen. Ich danke Ihnen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank Herr Dr. Ludwig für Ihren anschaulichen lebendigen Vortrag. Ich habe jetzt vier Wortmeldungen. Ich würde einmal die Wortmeldungen gleich wieder bündeln, weil wir relativ wenig Zeit haben. Ich lese einmal vor, wer sich gemeldet hat: Herr Spiller, Herr Hiller, Herr Meckel und Herr Braune. Bitte Herr Spiller.

Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich würde gerne zunächst eine Anmerkung zum Beitrag von Herrn Claßen machen, Sie müssen das aber nicht unbedingt kommentieren. Daß Sie als Vertreter des Ministeriums auch die positiven Dinge betonen, ist völlig normal. Aber bei unserer Debatte von vorhin frage ich mich, ob das Politbüro eigentlich die Wahrheit erfahren hat? Hat das Politbüro sich mit unangenehmen Dingen überhaupt befassen wollen? Ich meinte jetzt zunächst einmal das SED-Politbüro. Ist dies nicht eine Frage, die vielleicht eine gewisse Aktualität wieder erlangt hat, weil es auch heute Wahrnehmungsprobleme gibt? Man redet mehr über das Gute, was es sicher auch gibt, aber dabei klammert man sich eigentlich zu stark an die Hoffnungssignale und vernachlässigt eben andere nicht minder wichtige Informationen, und eine solche selektive Wahrnehmung führt nicht immer zu einer guten Handlungsweise. Sehen Sie dies bitte als Vorbemerkung. Sie müssen diese nicht kommentieren, aber mir fiel das insbesondere auf, als Sie von der Zahl der Unternehmen sprachen. Natürlich ist das schön, daß es eine Zahl von vielen Unternehmen gibt, auch von Unternehmensgründungen, das ist alles gut, aber wenn man sich dann auch die Größenordnungen anschaut, und der Frage nachgeht, weshalb haben sich manche Unternehmen niedergelassen, kommt man zu der Antwort, daß da zum Teil auch Verzweigungsakte dabei sind. Es ist nicht immer das ganz große Konzept dabei, daher ist das vielleicht auch ein bißchen mit Vorsicht zu genießen.

Die eigentliche Frage ist aber an Herrn Ludwig und auch an Herrn Hielscher gerichtet. Stimmen Sie mit mir überein, daß im wesentlichen der Hauptfaktor nach wie vor das Humankapital ist, und daß man darauf setzen muß, daß die tüchtigen Leute auch in Ostdeutschland bleiben bzw. wieder in die neuen Bundesländer zurückkommen? Es ist ja nicht verkehrt, wenn sich diese Leute